

Jugoslawien – den Brandstiftern in Nato und Uno das Handwerk legen ...

Der Krieg auf dem Balkan verändert nicht nur den Balkan auf fatale Weise, sondern das Kräfteverhältnis in der ganzen Welt und eben auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland – nach außen und nach innen.

Deutschland ist wieder unverhohlene Kriegspartei – Deutschland rüstet auf, rüstet aus, ist dabei, wenn Dörfer und Städte zusammengebombt werden, manipuliert, lügt und betrügt. Was eben im Krieg alles nötig ist, um die eigenen Interessen gegen die Interessen anderer Länder und Völker und vielleicht auch der eigenen Bevölkerung durchzusetzen.

Erst allmählich heben sich die Staubwolken einer unbeschreiblichen Medienkampagne und geben den Blick frei auf einen Kriegsschauplatz, der nicht zuletzt dazu dienen muß, die Machtverteilung zwischen den imperialistischen Länder neu zu bestimmen. Neue Bündnisse zu prüfen und auch die Möglichkeit zu testen, wieweit man mit der eigenen Bevölkerung gehen kann, bevor sich entschiedener Widerstand entwickelt. Wieweit wir zu schröpfen und zu betrügen sind, ohne wahrhaben zu wollen, welches Spiel da in unserem Namen gespielt wird. Wieweit es den Herren aus Politik und Wirtschaft gelingt, eine noch vor kurzem weit verbreitete Haltung des Antimilitarismus zu unterdrücken oder – wie bei den Grünen – einzukaufen.

Es wird Zeit, daß wir unsere Stimme erheben, daß wir diesem Kriegstreiben ein Ende bereiten, bevor es zu spät ist. Bevor sich auch unsere eigene Moral endgültig in Resignation und Gleichgültigkeit verwandelt hat. Wir dürfen nicht zulassen, daß in unser aller Namen ein Militarismus geschürt wird, der wieder unglaubliches Leid über Millionen von

Menschen bringt. Der wieder ganze Völker vertreiben oder beherrschen hilft. Die Pfründe locken: Metalle am Kaspischen Meer, Erdgas in Hülle und Fülle in Turkmenistan, riesige Ölreserven in Kasachstan und Aserbeidschan. Und nicht zuletzt Absatzmärkte und ein schier unerschöpfliches, billiges Arbeitskräftereservoir. Dazu bedarf es befriedeter oder befreundeter Anrainer, also den Balkan, also die Türkei. Darum hält die BRD der Völkermordpolitik des türkischen Regimes am kurdischen Volk so unverdrossen die Stange, deshalb kann sich die Türkei auf zuverlässigen Rüstungsnachschub aus der BRD freuen, deshalb die Flüchtlingspolitik der BRD, die alle Menschenrechte mit Füßen tritt.

Dieser Militarismus, diese Entwicklung steht nicht isoliert da, sondern schlägt auf die eigene Gesellschaft zurück. Immer mehr werden alle Lebensbereiche nach ihrer Verwertbarkeit geordnet. Das Zusammenleben und -arbeiten wird bestimmt durch das Trennende, die Konkurrenz, die Hierarchie, die Macht der Stärkeren, die Männergewalt. Wir alle können ein Lied davon singen: Kollegen und Kolleginnen sind nicht mehr Verbündete gegen Unternehmerwillkür und Ausbeutung, sondern Konkurrenten um den Arbeitsplatz. Auf Wohnungssuche wehrt man sich nicht mehr gemeinsam gegen unverschämtes Vermieterverhalten, sondern versucht, die anderen Bewerber auszustechen. Die einst von der Frauenbewegung erkämpften Prinzipien werden mehr und mehr aufgeweicht und weichen einem aggressiven, verächtlichen Frauenbild, es ist zu spüren im täglichen Umgang, in der Werbung, in den Entscheidungen unserer Herren Politiker. Das wirkt sogar bis in die Beziehungen von Frauen untereinander hinein.

Und die Armen werden ärmer, die Reichen immer reicher. Die Herren reiben sich die Hände.

Die Situation auf dem Balkan zeigt auch, daß die Regierungen nicht einmal mehr im Sinne ihrer Interessen Antworten haben und schon gar keine Moral – außer eben Krieg und Zerstörung. Sie zeigen sich da schwach, wo eine Antikriegsbewegung Stärke entwickelt und gleichzeitig die Ursachen dieser zerstörerischen Kriegspolitik erkennt und bekämpft. Es geht darum, aufgrund anderer Prinzipien Politik zu machen. Nichts von dem, was hier im Moment läuft, muß hingenommen werden. Es ist nur so lange zwangsläufig, wie sich hier die Interessen der Kriegstreiber, der Industrie durchsetzen können. Das ist aber die entscheidende Frage, denn ihre Interessen sind nicht unsere Interessen. Das heißt zuallererst, der BRD Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen, zu verhindern, daß sie ihren Krieg ungehindert weiter führen kann.

Um gegen den eigenen Staat, gegen eine Politik der Zerstörung und des moralischen Zusammenbruchs, gegen eiskalt auf Gewinn kalkulierende Wirtschaftsbosse und deren Militärs Widerstand zu

leisten, brauchen wir solides Handwerkszeug, dazu gehört zum Beispiel, die Zusammenhänge zu durchschauen. Gerade das wird uns aus gutem Grund in Bezug auf Jugoslawien so schwer gemacht.

Wir versuchen daher darzulegen, warum es den imperialistischen Staaten so wichtig ist, diesen Balkankrieg immer weiter anzuhetzen unter einem zunehmend dünner werdenden Deckmäntelchen des humanitären Geredes. Dabei verzichten wir bewußt weitgehend darauf, die frappierenden historischen Parallelen darzustellen zwischen der aktuellen Ostpolitik und der Ostexpansion des deutschen Kapitals seit Anfang dieses Jahrhunderts, die zweimal zu einem Weltkrieg führte. Das würde den Rahmen dieser Information sprengen.

Wir wollen in erster Linie die derzeitige Kriegspolitik in ihrer aktuellen Welt- und Interessenslage darstellen. Und darüberhinaus geht es uns auch darum, einige Gedanken und Vorschläge zu machen, wie wir uns einen Widerstand gegen Krieg und Militarismus vorstellen können.

Was exportiert die BRD in das ehemalige Jugoslawien?

MiG-21-Kampfflugzeuge der neuesten Bauart und Kalaschnikows aus ehemaligen NVA-Beständen, MBB-Panzerfäuste, Heckler&Koch-Waffen, G3-Gewehre, Militär-LKWs, 40 000 Militäruniformen – mit einem reichhaltigen Bestand an deutschen Waffen führt der deutsche Statthalter im ehemaligen Jugoslawien, Kroatien, Krieg. Seit 1990 ist die BRD wichtigster Waffenlieferant Kroatiens. Doch diese Waffen sind nur die Spitze des Eisberges.

Über die einseitige Rolle, die die BRD auf dem internationalen Parkett der Politik und Diplomatie zugunsten Kroatiens einnimmt, ist schon viel berichtet worden (siehe dazu auch den Abschnitt 'Der Balkan im Fadenkreuz der Großmächte'). Interessant ist ein Blick hinter die Kulissen der offiziellen Politik.

Spätestens seit 1980/81 betreibt der deutsche Geheimdienst BND unter dem damaligen Chef Klaus Kinkel aktiv die Teilung Jugoslawiens und bezieht sich dabei auf kroatische Exilorganisationen. Diese Organisationen sehen sich in der Tradition der faschistischen Ustaschas, die mit der Naziwehrmacht im Zweiten Weltkrieg bereitwillig zusammenarbeiteten. Die exilkroatischen Terrorbanden, die sich mit Attentaten auf Vertreter der sozialistischen Föderation Jugoslawiens einen Namen machten, wurden jahrzehntelang in der BRD geduldet, sie stehen in enger Verbindung mit deutschen und internationa-

len Faschistenverbänden und haben sich jahrelang auf einen militärischen Einsatz in Kroatien vorbereitet. Seit Anfang der 90er Jahre rekrutieren sich aus diesen Kreisen die Todesschwadronen, die jetzt im ehemaligen Jugoslawien ihr blutiges Handwerk verrichten und in deren Reihen auch zahlreiche deutsche Neonazis willkommen sind. Als "südamerikanische Verhältnisse" beschreiben selbst kroatische Zeitungen die Situation, deren Schärfe nicht zuletzt auch auf das schmutzige und verdeckte Geschäft der Geheimdienste zurückzuführen ist.

Zu diesem schmutzigen Geschäft gesellt sich das vermeintlich saubere, demokratische Geschäft der Politik: 1991 trennten sich Slowenien und Kroatien von Jugoslawien, nachdem sie insbesondere von deutscher Seite mit ökonomischen Versprechungen dazu ermuntert wurden. Den anderen EG- und Nato-Staaten vorausseilend erkannte Deutschland die neuen Staaten an und unterstützte damit Kroaten und Slowenien in ihrer offensiven Separationspolitik, die zum Krieg führte: Die ersten Vertreibungen fanden daraufhin auf kroatisch kontrolliertem Gebiet gegen die Bevölkerung statt, die von kroatischer Seite den Serbinnen und Serben zugeordnet wurde. Seit etwa dieser Zeit finden deutsche Waffen in großen Mengen trotz Waffenembargo ihren Weg nach Kroatien.

Wo deutsche Waffen sind, läßt auch deutsches Geld nicht lange auf sich warten: 1993 beispielsweise berichtet die kroatische Zeitung 'Danas': "Siemens kauft Kroatien!" Dieser exklusive Partner des kroatischen Staates kaufte für drei Milliarden US-Dollar staatliche Obligationen und sicherte sich so das Monopol zur Entwicklung der Energieversorgung, der Telekommunikation, für Computer und andere moderne Technologien. Bei solchen kapitalen Transaktionen fiel auch ein Gebäude für die kroatische Botschaft in Bonn ab, gekauft von Siemens für die kroatische Regierung! Im Februar die-

ses Jahres wurden während der 'Kroatischen Woche' in München auf Regierungsebene und mit Vertretern der deutschen Wirtschaft (Siemens ist wieder mit von der Partie) zahlreiche deutsch-kroatische Projekte verabredet: unter anderem eine Wohnungsbauhilfe in Höhe von 30 Millionen D-Mark, die kaum an Auflagen gebunden ist und die Zagreb für die damals noch vollständig serbisch regierte Krajina verwenden will. Zwei Wochen später begann die kroatische Offensive gegen Westslawonien, im August wurde die Krajina erobert – nun kann der Wohnungsbau beginnen!

Deutsche Tornados über dem Balkan – holt sie runter!

Deutsche Waffen, deutsches Geld und nun auch deutsche Soldaten sollen das ehemalige Jugoslawien gemäß den hiesigen Kapitalinteressen ordnen. In den deutschen Medien heißt es von FAZ bis taz, die westlichen Verbündeten erwarten, daß das vereinigte Deutschland die internationale Verantwortung einer wirtschaftlichen Großmacht übernimmt und sich auch militärisch engagiert. Es ließe sich detaillierter darlegen, daß die BRD unermüdlich internationale Bundeswehreinätze anbietet.

Wichtiger jedoch ist, sich überhaupt vor Augen zu führen, was eine Großmacht mit internationaler Verantwortung heutzutage bedeutet: die USA beispielsweise, die 1983 in Grenada und 1989 in Panama militärisch einmarschierten und dort in ihrem Hinterhof die nicht genehmten Regierungen abservierten. Oder 1991, als sie gemeinsam mit Frankreich und England Bagdad und Basra im Irak niederbombten. Genau diese Art internationaler Verantwortung will die herrschende Klasse, nämlich

Interessen mit der ganzen Bandbreite militärischer Operationen durchsetzen.

Diese deutschen Militärambitionen sind nicht neu, und ihre Ursachen haben wenig mit der soge-

nannten Wiedervereinigung zu tun. Schon mit der Gründung der Bundesrepublik begann gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit in der BRD die systematische Aushöhlung der militärpolitischen Beschränkungen nach dem Zweiten Weltkrieg: Mitgliedschaft in der Nato, Aufbau der Bundeswehr, Einführung der Wehrpflicht, Stationierung nuklearer Waffen in der BRD, Ausrüstung der BRD mit nuklearfähigen Waffensystemen, Aufstieg zu einem der größten Waffenexporteure ...

Seit Beginn der 80er Jahre wird diskutiert, Bundeswehreinätze außerhalb des Nato-Gebiets zuzulassen. Schon vor der Öffnung der DDR-Grenze war zumindest in den Führungsspitzen der großen Parteien der langjährige Konsens gegen derartige 'out of area'-Einsätze dem Kriegskurs gewichen. Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat diese Entwicklung wesentlich beschleunigt.

Nachdem am 30. Juni 1995 der Bundestag den Bundeswehreininsatz im ehemaligen Jugoslawien beschlossen hat, sind uns die deutschen Tornados in stilvollen Bildern von der Medien vorgeführt worden, doch die ersten Kampfeinsätze dieser Kampfflugzeuge haben stattgefunden.

Und was passiert in der BRD?

Die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die aus dem Krieg in die BRD geflüchtet sind, verfolgt der Krieg bis hierher. Die bosnische-moslemische Kriegspartei verschickt Einberufungsbefehle an Flüchtlinge in der BRD und drängt sie unter Androhung scharfer Strafen, dem "geliebten Bosnien" den Dienst zu erweisen. Sehr viele Flüchtlinge hätten nicht nur dem Ruf einer Kriegspartei zu folgen, sondern müßten gleichzeitig ihren Dienst in mehreren Armeen verrichten, weil ihre Vorfahren aus ver-

schiedenen Landesteilen Jugoslawiens kamen. Deserteuren, die das Morden nicht mehr mitmachen wollen, wird das Recht auf politisches Asyl abgesprochen. Denn auf Deserteure wurde hier schon immer verächtlich hinabgesehen, selbst wenn sie von der Gegenpartei stammen.

Die absurde ethnische Trennung, die die BRD im ehemaligen Jugoslawien vorangetrieben hat, wird auch hier fortgesetzt: Flüchtlinge müssen sich in der

BRD einer nationalen Gruppe zuordnen, und schikaniert werden sie alle: in elenden Flüchtlingsunterkünften, meist ohne Arbeiterlaubnis und oft genug gezwungen, sich von staatlich verordneten Essensrationen zu ernähren. Flüchtlinge sind in der BRD nicht erwünscht, das kriegen sie zu spüren.

Wenn wir diesem Krieg entgegentreten wollen, dann dürfen von unserer Seite aus keine ethnischen Unterscheidungen erfolgen. Diese verhindern das Erkennen der tatsächlichen sozialen und politischen Hintergründe. Diese Grundposition hat ein Großteil der deutschen Linken verlassen. Sie nähern sich damit gefährlich der Auffassung vieler in der Grünen-Partei wie Joschka Fischer, die *die Serben* verurteilen und für *die Bosnier* und *die Kroaten* Partei ergreifen. Als logische Folge davon verlangen sie, daß *die Deutschen* mit ihrer Bundeswehr eingreifen.

Dagegen hat es keine Perspektive, auf eine Lösung durch weitere Militäreinsätze zu hoffen. Das wird nur Haß und Zerstörung weiter vorantreiben. In diesem Konflikt gibt es gerade keine alleinverantwortliche Seite auf dem Balkan, wie manche Vergleiche *der Serben* mit Nazideutschland suggerieren wollen. Die Hauptverantwortlichen finden wir nicht dort auf dem Balkan, sondern hier in den Metropolen in den Kreisen der Regierungen und der Wirtschaft. Ihnen geht es um Einflußsphären und Geschäftsinteressen. Die Luftangriffe der Nato und das Uno-Wirtschaftsembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verlängern und verschärfen das Leiden der Bevölkerung.

Eine Lösung wird nur durch den Kampf der betroffenen Bevölkerung gegen Nationalismus und Imperialismus erreicht werden können, wie das die Partisanen und Partisaninnen im Zweiten Weltkrieg erreicht haben. Unsere Aufgabe in der BRD muß es sein, sie dabei zu unterstützen und dazu beizutragen, daß Bundeswehr, Nato und EU diese Bemühungen nicht zerstören können. Unser Widerstand ist deshalb ein antimilitaristischer und gegen den BRD-Staat als Kriegstreiber und Kriegsgewinnler gerichtet.

Es muß der Verrohung der menschlichen Beziehungen entgegentreten werden: Tornado-Piloten und ihre Befehlsgeber sind keine Helden, sondern

verachtenswerte Killer. Die Grausamkeiten dieses Krieges betreffen vor allem die Frauen in dieser Region. Vergewaltigungen werden von allen Seiten gezielt als Kriegsstrategie eingesetzt, die Gewalt gegen Frauen nimmt in allen Bereichen zu. Aber wir wenden uns auch gegen die Scheinheiligkeit, die so tut, als ob es die gleiche patriarchale Herrschaft bei uns nicht gäbe.

Bundeswehr-Kontingente im Kriegseinsatz: Das ist ein willkommener Aufwind für Waffenhandel und weitere Aufrüstung. Lasst uns dieses Mordgeschäft bekämpfen. Wir sollten es uns als Aufgabe setzen, das Verschleudern von Milliardensummen für militärische Zwecke zu verhindern. Dieses Geld wird dringend für soziale Aufgaben in aller Welt und auch benötigt. 18 Milliarden D-Mark steuerte die BRD-gierung schon für den Irak-Krieg bei. Wieviel werden im Jugoslawienkrieg verschleudert? Und um wieviel wird die Aufrüstung angekurbelt werden unter dem Vorwand dieses Krieges?

Angesichts der kriegstreibenden Medienkampagne und des Überlaufens vieler früherer Militäreegner ins bürgerliche Kriegslager ist es auch wichtig, daß es doch noch konsequente Antimilitaristen und auch Pazifisten gibt, die mit dem nötigen Mut in der Öffentlichkeit die Stimme erheben. Beim Pazifismus sehen wir zwar manche Illusionen über die Moral der Herrschenden und die Möglichkeit, diese zu überzeugen oder ihr Treiben mit nur gewaltlosen Mitteln beenden zu können. Aber wir sollten versuchen, breite Bündnisse gegen die Kriegspolitik zu bilden. Die Zusammenarbeit aller antimilitaristischen Kräfte – vor allem auch auf internationalistischer Ebene – wird immer dringender. Geht doch die Kriegstreiberei immer weiter, wie es aktuell die Auseinandersetzung um die Ost-Erweiterung der Nato zeigen.

Es gibt schon manchen Hoffnungsschimmer: So bereitet es den bundesdeutschen Militärstrategen, nehmend Kopfschmerzen, daß der 'öffentliche Druck' zum Eingreifen in den Konflikt auf dem Balkan deutlich nachgelassen hat. Immer mehr Menschen, die ihr Gewissen nicht für Geld verkaufen, ahnen und erkennen, daß die Kriegsrealität nichts mit ihren Interessen zu tun hat.

Der Balkan im Fadenkreuz der Großmächte

BRD

Die deutsche Jugoslawienpolitik ist nicht zu verstehen, ohne sich auch mit der aktuellen deutschen Ostpolitik zu befassen.

Die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa und der Anschluß der DDR haben der bundesdeutschen Wirtschaft Einflußsphären verschafft, auf die sie 1945 verzichten mußte, die sie aber nie aus den Augen verloren hat: Ungehindert kann die deutsche Wirtschaft heute in Ost- und Südosteuropa agieren – auf Kosten der Bevölkerung dort und zum Profit des deutschen Kapitals. Wirtschaftsabkommen und sogenannte Freundschaftsverträge mit den Eliten dieser Staaten verschaffen neue Investitionsmöglichkeiten. Die gezielte Belegung 'deutscher Minderheiten' wird eingesetzt zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. In den Verträgen mit Polen beispielsweise wird die Definition der 'deutschen Minderheit' sehr ausgeweitet, gleichzeitig wird für diese Minderheiten deutsches Geld nach Polen gepumpt, und es werden besondere Siedlungsrechte für Deutsche in Polen angemahnt. Die 'Deutschen' sollen in Osteuropa bleiben – als fünfte Kolonne deutscher Ostpolitik.

Angesichts einer beträchtlichen Überproduktion in der BRD und der daraus resultierenden Absatzschwierigkeiten verschafft die Ostexpansion ein Ventil, die derzeitige Krise zu überstehen. Der Großteil des Außenhandels wird zwar bis heute mit den westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten abgewickelt, doch der Osthandel expandiert, und Rohstoffvorkommen sollen gesichert werden. Das deutsche Kapital versucht so, einen deutsch kontrollierten Wirtschaftsraum zu schaffen, mit dem es in der schärfer werdenden internationalen Konkurrenz besser bestehen kann. Der Ruin der Wirtschaft in Osteuropa ist deshalb auch kaum auf deren vermeintlich mangelnde Konkurrenzfähigkeit zurückzuführen, sondern auf eine

gezielte Politik insbesondere Deutschlands, um die eigenen Produktionsstätten aufzuwerten und eine neue Arbeitsteilung zu erzwingen: "Intelligenz in Deutschland, mehr Komponenten von draußen und mehr Montage vor Ort, im In- und Ausland. ... Unsere Funktion ist die eines Systemkopfes ..." (Chef der zweitgrößten Unternehmensberatung Deutschlands, Roland Berger und Partner, 1992)

Ein Mittel dieser Ostpolitik ist die Unterstützung separatistischer Tendenzen, um die Unterteilung Osteuropas in kleine, abhängige Staaten voranzutreiben. Doch was bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1992 ohne Krieg funktionierte, eskalierte 1991 in Jugoslawien durch die deutsche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens.

Die BRD ist heute der Einheber für eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien. In der Tradition nationalsozialistischer imperialistischer Bündnispolitik ist Kroatien Stellvertreter der BRD vor Ort und wird unter anderem mit Geld und Waffen unterstützt. Wie freundschaftlich dieses Verhältnis ist, zeigt sich beispielsweise im aktuellen kroatischen Geschichtsbuch für Schulen: Hans-Dietrich Genscher, der als Außenminister durch seine Anerkennungspolitik Wegbereiter des Krieges war, wird mit einem Foto als "großer Freund des selbständigen und souveränen Staates Kroatien" aufgeführt – ein bemerkenswerte Auszeichnung angesichts des faschistischen Charakters der kroatischen Regierung.

Auch zur bosnisch-moslemischen Kriegspartei ist das Verhältnis der BRD positiv. Es ist geprägt von der Allianz, die zwischen der kroatischen und moslemischen Führung besteht. Bedeutender für die BRD aber ist derzeit, daß mit der einseitigen Medienpropaganda über leidende Moslems die deutsche Bevölkerung auf den immer schärfer werdenden Kriegskurs der BRD vorbereitet werden soll.

USA

Ebenfalls eindeutig parteiisch für die kroatische und moslemische Seite sind die USA. Doch ihr Interesse an der Balkanregion ist bei weitem nicht so groß wie beispielsweise an der arabischen Region und deren Ölquellen, für die sie 1991 noch den Irak niederbombte. Anders als im Krieg gegen den Irak schließen die USA bislang den direkten Einsatz von US-Bodentruppen im ehemaligen Jugoslawien aus, engagieren sich aber bei Luftangriffen, die für sie vergleichbar ungefährlich sind.

Diese US-Politik unterstützt in erster Linie die Interes-

sen der BRD, die als stärkste Macht in Europa und Juniorpartner der USA unterstützt werden soll. Diese Parteilichkeit ist nicht zuletzt auch als Gegenpol zur Position Rußlands zu sehen, der weltweit größten Atommacht nach den USA. In der US-Öffentlichkeit dient der außenpolitische Kriegskurs außerdem zur Ablenkung von der wirtschaftlich und sozial schlechten innenpolitischen Lage. US-Präsident Clinton nutzt dieses Thema, um angesichts der Wahlen im nächsten Jahr Stärke zu demonstrieren.

Frankreich & England

Die weltweite Überproduktionskrise geht auch an England und Frankreich nicht vorbei, deshalb ist ihre Außenpolitik ebenfalls darauf ausgerichtet, die eigene Einflußsphäre auszuweiten. Der Einfluß Frankreichs und Englands auf Kroatien ist jedoch relativ gering, ihre tradi-

tionellen Verbündeten auf dem Balkan waren im Zweiten Weltkrieg die Kräfte, die gegen Nazi-Deutschland und gegen das kroatische Ustascha-Regime kämpften. Aktuell wollen und können sie sich jedoch nicht eindeutig gegen den Nato- und EU-Partner Deutschland stellen.

Im Konflikt der letzten Jahren haben sie die Uno-Aktivitäten unterstützt, sie versuchten militärische Luftangriffe abzuwenden und eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Doch derartige Lösungsvorschläge wurden meist recht früh demontiert, oft genug gerade nicht von der bosnisch-serbischen Seite.

Frankreich setzt im ehemaligen Jugoslawien stark auf die bosnisch-moslemische Kriegspartei und versucht damit auch, seinen Einfluß im arabischen Raum zu stärken. Auf einer kürzlich in Paris einberufenen Konferenz der Islamischen Staaten sicherte Frankreich den Außenministern dieser Länder die Unterstützung der bosnisch-moslemischen Seite zu.

Die Situation Frankreichs und Englands stellt sich zwiespältig dar. Einerseits wollen sie das westliche Bündnis mit den USA und der BRD nicht gefährden, das bis-

lang immer noch Garant für die Durchsetzung gemeinsamer imperialistischer Interessen gewesen ist. Das schließt die Zerschlagung Jugoslawiens ein, das im Zweiten Weltkrieg die bürgerliche Klassengesellschaft überwunden hatte. Andererseits aber richtet sich die zunehmende deutsche Vorherrschaft in Europa gegen sie.

Die Schärfe der derzeitigen innerimperialistischen Widersprüche ist schwer einzuschätzen, zumal sie noch hinter den Kulissen ausgetragen werden. Offensichtlich wurde aber die Zustimmung Frankreichs und Englands zu den letzten Nato-Luftangriffen erreicht, nachdem ihnen das Kommando für diese Operation zugestanden wurde. Denkbar ist auch, daß Frankreich in der Jugoslawienfrage deshalb zurückgesteckte, damit im Gegenzug die Verbündeten auf Proteste an den Atomwaffentests verzichten.

Rußland

Rußland strebt im Jugoslawienkonflikt eine Verhandlungslösung an, die auch die Interessen der bosnisch-serbischen Kriegspartei und der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien, Montenegro) berücksichtigt. Es hat wiederholt die USA und BRD und die Nato-Luftangriffe scharf kritisiert. Mit der Parteinahme für die Bundesrepublik Jugoslawien versucht Rußland, seine traditionellen Interessen als Großmacht auf dem Balkan geltend zu machen. Die Stellung als Weltmacht wird jedoch zunehmend infrage gestellt, und zwar in Europa vom ex-

pandierenden Deutschland und im Weltmaßstab von den USA.

Gleichzeitig ist Rußland derzeit aus wirtschaftlichen Gründen auf die Kooperation mit dem Westen angewiesen. So wurden die Nato-Bombardements ohne Gegenmaßnahmen hingenommen. Diese Politik wird jedoch von verschiedenen Kräften in Rußland nicht mitgetragen, so daß bei einem innenpolitischen Umschwung auch ein stärkeres Auftreten gegen die westlichen Interessen möglich ist.

Nato & Uno

Das nordatlantische Bündnis bleibt weiter das Hauptbindeglied der westlichen Länder. Die USA und die BRD, die die Uno dominieren, sprachen sich frühzeitig für Nato-Einsätze im ehemaligen Jugoslawien aus, um die Kriegssituation in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Doch insbesondere die Kräfte, die keine einseitige Lösung zugunsten Kroatiens und des dahinterstehenden Deutschlands wollen, versuchten die Uno zu stärken. Doch in dem Verhalten der Uno spiegelt sich aktuell einmal mehr wider, daß ihre Aktionen bestimmt werden

von dem Kräfteverhältnis der Staaten, die im UN-Sicherheitsrat vertreten sind, und von deren manchmal auch kontroversen Interessen. Die Uno hat deshalb nie die Rolle übernommen, eine friedliche Lösung des Jugoslawienkonflikts herbeizuführen, im Gegenteil: Trotz schwachen russischen Protests war die Uno von Beginn an auf eine Haltung gegen die bosnisch-serbische Seite und gegen die Bundesrepublik Jugoslawien festgelegt und war damit ebenfalls an der Kriegstreiberei beteiligt.

Kriegsparteien auf dem Balkan

Kroatien

Der Präsident Kroatiens, Franjo Tudjman, sieht seinen Staat als "Vorposten des Abendlandes" und erhofft sich eine Anbindung an die EU. Er dient Kroatien dem Westen als Produktions- und Dienstleistungsstätte an und als Ausgangsbasis für weitere Ostexpansion.

Mit der entsprechenden rassistischen Konsequenz übertrifft die kroatische Regierung bei weitem die Vertreibungen von Minderheiten, wie sie auch von serbischen Nationalisten, den Cetniks, und bosnischen Moslems praktiziert werden. Vor fünf Jahren lebten noch 600 000 Menschen in Kroatien, die heute den Serbinnen und Serben zugeordnet werden würden – jetzt sind es nur noch

100 000. Selbst der griechische Korrespondent Manousakis der Zeitschrift 'Europäische Sicherheit' – die führende Militärzeitschrift in der BRD – kritisierte, daß "die deutsche Außenpolitik zu lange das Streben Franjo Tudjmans schweigend beobachtet hat, das faschistische Regime der Ustascha zu rehabilitieren."

Zu Beginn des Krieges trug es entscheidend zur Verschärfung der Kämpfe bei, daß Tudjman von Anfang an Ustaschas (die faschistischen Mörderbanden aus dem Zweiten Weltkrieg) in seine Regierung holte. Die beglichen dann gleich noch offene Rechnungen mit Partisanen und Partisaninnen aus dem antifaschistischen Kampf

des Zweiten Weltkrieges. Diese Politik wird von der deutschen Regierung nicht nur stillschweigend geduldet, sondern gefördert.

Das Bündnis der kroatischen Regierung mit der bosnisch-moslemischen Führung ist brüchig. Kroatien will sich durch diese Föderation einen möglichst großen Anteil an Bosnien sichern, und ein bosnisch-moslemischer Rumpfstaat soll unter kroatischem Protektorat nur eine untergeordnete Rolle spielen. Um den islamischen Fundamentalismus der bosnischen Regierung einzudämmen, ist die kroatische Regierung zu Absprachen mit dem Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien Milosevic über die Aufteilung Bosniens bereit.

Franjo Tudjman

Tudjman wird vielfach als Kroatiens Schönhuber bezeichnet. Er kleidet sich gern in eine geschmacklose Phantasieuniform und sieht sich als Bismarck des Balkan, der durch eine Politik der Stärke ein Großes Kroatien schafft – immer im Bunde mit Europa. Das Bündnis mit der bosnisch-moslemischen Führung ist für ihn nur vorläufig. Er nannte Izetbegovic – den bosnischen Präsidenten – einen „Algerier und Fundamentalisten“, mit dem er nichts zu tun haben wolle. Zu Anfang des Krieges stellte Präsident Tudjman klar, daß seine Politik darauf abzielt, einen islamischen Gottesstaat zu verhindern und Bosnien zwischen der kroatischen und serbischen Seite aufzuteilen.

Bosnien

Ein moslemischer Staat in Bosnien ist nur in der Föderation mit dem Allianz-Partner Kroatien lebensfähig. Das wird zu neuen Konflikten führen, da die fundamentalis-

Mischehen. Nichtmoslemische Bosnier werden seit einigen Monaten aus der bosnischen Armee entlassen.

Die US-Regierung hat vor kurzem die Initiative ergrif-

Alija Izetbegovic

Izetbegovic stammt aus einer konservativ-islamischen Familie, die im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis zusammenarbeitete. Er selbst war Ende der 40er Jahre und in den 80ern in Jugoslawien wegen 'islamischer Propaganda' inhaftiert. Izetbegovic will einen islamisch-fundamentalistischen Staat in Bosnien, der besonders für Frauen eine besondere Zuspitzung der patriarchalischen Herrschaft bedeutet. Seit den 40er Jahren hat er einen politischen Clan um sich aufgebaut, und besetzt nun alle Toppositionen in seiner Partei (SDA) und in den staatlichen Organen mit seinen Gefolgsleuten: Präsidentschaft, Armee, Polizei, Fernsehen, Verwaltung, was selbst die 'Elite' in Sarajevo beklagt.

tische Politik der bosnischen Regierung immer deutlicher wird. Sie war gegen alle Versuche, Sarajevo zu demilitarisieren und unter Uno-Verwaltung zu stellen, wie ein französischer Vorschlag lautete. Denn als ihre entscheidende militärische Basis soll Sarajevo unter ihre alleinige Kontrolle kommen.

Die Regierung bemüht sich um enge Beziehungen zu islamischen Staaten. Transportflugzeuge des Typs C-130 Herkules aus der Türkei und dem Iran versorgen die bosnisch-moslemische Seite mit Raketenwerfern und Stinger-Flugabwehrraketen. Mehrere Tausend Kämpfer aus Malaysia, Pakistan, Saudi-Arabien, Afghanistan und Algerien beteiligen sich an den Kämpfen. Seit einem Jahr führt die bosnische Regierung eine Kampagne gegen

fen und unterstützt offensiv die bosnische Regierung. Das dient ihrer Machtposition bei den arabischen Staaten. Die USA hoben das Waffenembargo auf, und unter der Führung des ehemaligen US-General Calvin, früher Oberbefehlshaber der Nato in Europa, werden bosnische Offiziere ausgebildet und die Armee effektiver organisiert. Das führte allerdings zu Bedenken bei deutschen Militärstrategen: „Jedenfalls erlaubt die Politik Amerikas auf dem Balkan die Befürchtung, daß Amerika eine Anbiederungspolitik gegenüber dem islamischen Fundamentalismus zutage legt, die nicht im Interesse Europas liegen kann“ (Europäische Sicherheit 5/95). Doch die europäischen Staaten ziehen jetzt in der Unterstützung der Fundamentalisten nach, um mit dieser Zuckerbrot-Politik die Beziehungen zu den Erdöllieferanten der arabischen Region zu festigen. Die Mitgliedsländer der Organisation der Islamischen Konferenz wurden am 7. September 1995 nach Paris eingeladen, wo sie ein verstärktes Engagement für Bosnien einforderten. Der Vertreter des Iran, der stellvertretende Minister für Außenbeziehungen Zarif, versprach dort: „Wenn Europa wirkungsvoller handelt, wird das auf lange Sicht sehr positive Auswirkungen haben auf die Beziehungen zwischen Europa und der islamischen Welt.“

Bundesrepublik Jugoslawien

Durch die Niederlage in der Krajina gegen die kroatische Armee ist die Position der Nationalisten auf serbischer Seite wie beispielsweise Karadjic geschwächt. Die Bundesrepublik Jugoslawien will möglichst schnell ein Ende des Wirtschaftsembargos erreichen. Es findet eine immer deutlichere Abgrenzung zu den nationalistischen Strömungen (vor allem den Cetniks) statt.

Der Präsident Jugoslawiens Slobodan Milosevic ist Musterbeispiel eines opportunistischen Politikers, der

sein Fähnchen nach dem Wind hängt. Nach der Aufspaltung unterstützte er serbisch-nationalistische Positionen, schwenkte aber zuletzt auf einen gemäßigeren Kurs ein, nachdem die Nationalisten in der Bundesrepublik Jugoslawien an Bedeutung verloren.

Die Milosevic-Regierung ist jetzt die von allen anerkannte Vertretung bei den Verhandlungen mit der Nato, da sie eine zurückhaltende Politik gemessen am militärischen Kräfteverhältnis verfolgt (beispielsweise die Aufga-

be der Krajina-Region, aber Eroberung von Srzebnica und Zepa). Die Bundesrepublik Jugoslawien stellt sich auf einen langwierigen Konflikt mit der Nato und EU ein.

Antinationalistische Zeitungen wie die Tageszeitung 'Nasa Borba', die Wochenzeitung 'Vreme' und auch die 'NIN' gewinnen mehr und mehr Einfluß bei der Bevölkerung. Auch die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Krajina in den letzten Monaten fand ohne serbisch-nationalistische Begleitmusik statt. Die Flüchtlinge wurden gleich an der Grenze von der jugoslawischen Armee entwaffnet, damit keine Übergriffe gegen kroatische, moslemische und ungarische Minderheiten aus Rache stattfinden. Immerhin leben auch über 100 000 kroatische Flüchtlinge in der Bundesrepublik Jugoslawien.

Bund der Kommunisten –

Bewegung für Jugoslawien

Diese Organisation ist aus dem früheren 'Bund der Kommunisten Jugoslawiens' hervorgegangen. Sie hat zur Zeit 32 000 Mitglieder. Der Bund ist in allen Regionen des früheren Jugoslawien vertreten, also auch in Kroatien und Bosnien. Je nach den regionalen Bedingungen treten sie unter legalen, illegalen und halblegalen Bedingungen auf. Obwohl zur Zeit keine Kraft vorhanden ist, die stark genug ist, den Krieg zu beenden, betrachten sie die Auseinandersetzung mit den Cetniks und allen nationalistischen und rassistischen Spielarten als besonders bedeutend. In Kroatien beispielsweise hat sich um die Zeitung 'Kroatische Linke' ein Bündnis entwickelt, das gegen das reaktionär-faschistoide Tudjman-Regime kämpft.

Das strategische Ziel des Bundes der Kommunisten ist die Wiederherstellung eines föderativen Jugoslawien. "Für ein solches Ziel kann nur eine vereinigte Linke kämpfen, die dank einheitlicher Aktionen in der Lage ist sich den nationalistischen Parteien und ihrem Desintegrationskurs zu widersetzen. Nur eine vereinigte Linke kann die jetzt paralysierten schöpferischen Potentiale befreien und den Menschen Vertrauen und Hoffnung zurückgeben."

Die Friedensbewegung in Deutschland ruft der Bund auf: "Verhindert deutsche Militäreinsätze! Verhindert den Einsatz der Tornados! Setz den Abzug der Bundeswehr durch!" (Belgrad, 26. Juli 1995)

Aktuell: Die Nato eskaliert den Krieg!

Die offensive Jugoslawien-Politik der Nato hat sich durchgesetzt. Insbesondere die Kriegsstrategen der USA und der BRD reiben sich die Hände, denn ihre letzten taktischen Planungen sind aufgegangen.

Im August eroberte Kroatien die serbisch besiedelte Krajina, nachdem die USA und BRD vorweg ihre Zustimmung signalisierten und im Nachhinein die Aggression mit moderaten Tönen rechtfertigten. Die Menschen in der Krajina, die für den Fall eines Angriffs von der Unterstützung durch die Jugoslawische Volksarmee überzeugt waren, wurden enttäuscht. Denn die Bundesrepublik Jugoslawien spekuliert auf eine Aufhebung des Wirtschaftsembargos, und hat sich weitgehend vom Kriegsschauplatz in Bosnien zurückgezogen.

Ende August begannen dann massive Nato-Luftangriffe gegen die bosnisch-serbische Seite, denn besser konnte die Situation für die Nato nicht werden. Die BRD und USA setzten sich mit ihren schon lange eingeforderten massiven Luftangriffen durch, und das Bombardement begann. Dabei ging es nicht um die 'chirurgische' Zerstörung der bosnisch-serbischen Kriegsstellungen – das ist in einer bergigen, bewaldeten Region wie dem Balkan unmöglich. Wie schon bei den Bombardements gegen den Irak 1991 sollten die zivilen Strukturen getroffen werden, um die Bevölkerung zu demoralisieren.

Im Schutz und Windschatten der Nato-Luftangriffe er-

obernten die kroatische und moslemische Kriegssseite große Teile Bosnien-Herzegowinas. Diese Zusammenarbeit der Nato mit den kroatischen und moslemischen Truppen hat eine Situation geschaffen, die die bosnisch-serbische Kriegspartei weit mehr benachteiligt, als je ein Friedensplan vorsah. Kroatien droht mit Angriffen gegen Ostslawonien, das an der Grenze zur Bundesrepublik Jugoslawien liegt und praktisch von ihr mitverwaltet wird. Und die moslemische Seite verzögert jeden Verhandlungsversuch, um die eigene Front noch vor Beginn des Winters möglichst weit vorzuschieben.

Gewonnen werden soll dieser Krieg auch gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Bislang gibt es nur einzelne Stimmen die direkte Angriffe befürworten. Doch die Mittel, die Bundesrepublik Jugoslawien in die Knie zu zwingen, sind vielfältig: Unter ihnen ist das Wirtschaftsembargo sicher das, unter dem die Bevölkerung zur Zeit am meisten zu leiden hat.

Im ehemaligen Jugoslawien bestätigt sich täglich einmal mehr, daß all die Maßnahmen, die von imperialistischer Seite erzwungen werden und sich an deren Interessen orientieren, weiteres Elend und oft genug den nächsten Krieg vorprogrammieren. Die Lösung dieses Dilemmas liegt in den Händen derer, über deren Köpfe bislang hinwegentschieden wird – sowohl hier in der BRD als auch im ehemaligen Jugoslawien.